

ZWISCHENBILANZ

SP lanciert Solarkanton Solothurn

In den letzten Monaten hat der Fachausschuss Energie der SP Kanton Solothurn diverse energiepolitische Aufträge und Interpellationen im Kantonsrat eingereicht. Mit diesem Massnahmenpaket prägt die SP zurzeit die energiepolitische Diskussion im Kanton. Es ist an der Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Fabian Müller



Im Kantonsrat wurde bis heute erst ein einziger Auftrag diskutiert, dafür aber ein ganz gewichtiger. Philipp Hadorn verlangte, die kantonale Verfassung sei derart anzupassen, dass «Kanton und Gemeinden die Nutzung von erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung sowie den sparsamen und rationellen Energieverbrauch fördern. Sie können Massnahmen treffen zur Sicherstellung einer umweltgerechten, sicheren, ausreichenden und der Volkswirtschaft förderlichen Versorgung mit Energie».

In einer äusserst spannenden Debatte im Kantonsrat wurde der Auftrag schlussendlich mit den Stimmen von SP, Grünen, Grünliberalen, EVP und einer grossen Mehrheit der CVP mit 47:45 Stimmen gutgeheissen. Fazit: Gleich zu Beginn ein erster grosser Erfolg. Doch dies ist nur der erste Schritt. Nun muss der Regierungsrat eine Änderung der kantonalen Verfassung vorbereiten. Über diese sollte der Kantonsrat noch in diesem Jahr befinden können. Danach hat das Volk das letzte Wort.

Folgenden beiden Aufträgen haben der Regierungsrat und die zuständige Kommission vor kurzem zugestimmt:

■ Gemäss dem Auftrag von Urs Huber soll der Regierungsrat Mittel bereitstellen, mit denen Projekte zur Förderung der Energieeffizienz stärker finanziell unterstützt werden können.

■ Fabian Müller verlangt in seinem Auftrag, dass Neuanlagen von Elektroheizungen verboten werden, und im Energiegesetz soll zudem festgeschrieben werden, dass bestehende Elektroheizungen nicht erneuert werden dürfen und ab Inkrafttreten des Energiegesetzes durch andere Heizsysteme ersetzt werden müssen. Im Weiteren soll für alle Elektroheizungen eine Ersatzpflicht mit einer Übergangsfrist bis längstens 2025 vorgesehen werden.

Nun warten wir auf die Diskussion und den Entscheid im Kantonsrat. Wir sind überzeugt, dass dieser diesen beiden sinnvollen Vorstössen zustimmen wird. Neben diesen drei Erfolgen mussten wir auch die eine oder andere Niederlage einstecken. So mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass zwei unserer Vorschläge vom Regierungsrat und von der zuständi-

gen Kommission mehrheitlich abgelehnt wurden. Urs Huber verlangte, dass bei Neubauten, Handänderungen und umfassenden Sanierungen das Erstellen eines Gebäude-Energieausweises obligatorisch werden soll. Und Philipp Hadorn wollte den Regierungsrat dazu verpflichten, dafür zu sorgen, nur Subventionen vom Gebäudesanierungsprogramm des Bundes erhält, wer gleichzeitig bei der Sanierung dafür sorgt, dass beispielsweise in einem Haus mit vielen Mietwohnungen jede Wohnung betreffend Heiz- und Warmwasserkosten separat abgerechnet wird und nicht mehr gemeinsam. So würde sich das Energiesparen endlich für Mieterinnen und Mieter richtig lohnen.

Fabian Müller
Kantonsrat aus Balsthal



VORSTÖSSE

Folgende energiepolitische Aufträge und Interpellationen von unserer Seite wurden vom Regierungsrat noch nicht behandelt. Sie können detailliert unter www.sp-so.ch nachgelesen werden.

- Auftrag Urs Huber: Revision der kantonalen Planungs- und Baugesetzgebung mit dem Ziel, den Energieverbrauch im Gebäudebereich massiv zu senken und neue Energien zu fördern
- Auftrag Fabian Müller: Erarbeitung eines Richtplans Energie
- Auftrag Philipp Hadorn: Erstellung eines Solarkatasters für den Kanton Solothurn
- Auftrag Fabian Müller: Solarenergie bei Neubauten
- Auftrag Fabian Müller: Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen
- Interpellation Philipp Hadorn: Das Biogaspotenzial des Kantons Solothurn und dessen möglichst umfassende Nutzung
- Interpellation Fabian Müller: Energiebuchhaltung für alle kantonalen Bauten

FACHAUSSCHUSS

Der kantonale Fachausschuss Energie der SP Kanton Solothurn besteht aus folgenden Personen:

- Fabian Müller, Kantonsrat (Präsident)
- Urs Huber, Kantonsrat
- Philipp Hadorn, Nationalrat
- Klaus Koschmann, Verwaltungsrat Regio Energie Solothurn

Für Fragen, Ideen und Anregungen für Vorstösse auf nationaler oder kantonaler Ebene steht euch Fabian Müller unter fabian.mueller@ggs.ch oder Tel. 076 514 91 00 jederzeit zur Verfügung. Wir freuen uns auf eure Inputs.

Verfassungsinitiative «KMU Förderinitiative: Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze»

Bürokratieabbau für alle, nicht nur für KMU

Die Initiative ist ein Überbleibsel aus dem National- und Ständeratswahlkampf der FDP. Mittels Verfassungsinitiative soll die Kantonsverfassung Art. 121 mit Absatz 5 ergänzt werden: «Der Kanton trifft Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für Unternehmen, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), so gering wie möglich zu halten.»

Das Ziel dieser Initiative sollte die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Solothurner Wirtschaft sein. Mit einer Reduktion der Bürokratie und Regelungsdichte sollten die Rahmenbedingungen für bestehende Unternehmungen und Neugründungen verbessert werden.

Solothurn hat im interkantonalen Vergleich eine schlanke Verwaltung. Dies wird von der FDP und deren Volkswirtschaftsdirektorin immer wieder hervorgehoben. Aus dieser Sicht ist für die SP

die Notwendigkeit dieser Initiative noch nicht gegeben. Zudem sollte sie aus Sicht der FDP gar nicht nötig sein, denn die Mehrheit des Parlaments und der Regierung ist bürgerlich. Sie hätten es in der Hand ihre Forderungen jederzeit im Gesetzgebungsprozess einzubringen und umzusetzen, anstatt über eine bürokratieintensive Abstimmung. Tatsache ist, dass unnötige Bürokratie, wie z. B. in der Landwirtschaft, von den Bürgerlichen zu verantworten ist. Und auf die Bürokratie des Bundes kann der Kanton keinen Einfluss nehmen, ob mit oder ohne Ergänzung der Kantonsverfassung.

Die SP fordert, dass die Unternehmungen ihrem Kerngeschäft nachgehen können, denn diese sollen leistungsfähig sein, sie stützen die Wirtschaft, schaffen und erhalten wichtige Arbeitsplätze. Die Mittel für neue Investitionen sollen nicht durch unnötige Bürokratie reduziert werden. Aber wel-

che Vorschriften und Regelungen sind denn nötig? Ein Beispiel: Ein Formular, in dem die Unternehmung bestätigen muss, dass der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) eingehalten wird, ist keine überflüssige Bürokratie. Alle KMU, die sich an diese arbeitsrechtlichen Abmachungen halten, können dieses ohne Probleme ausfüllen. Dafür haben sie die Gewissheit, dass sich ihr Mitkonkurrent ebenfalls an die Rahmenbedingungen hält und der «Wettbewerb» mit gleich langen Spiessen funktioniert.

Niemand ist gegen den Abbau von überflüssigen bürokratischen Regelungen, daher beschlossen die Delegierten an ihrem Parteitag die Stimmfreigabe. Wenn man schon eine echte administrative Entlastung von überflüssigen und unnötigen Regelungen betreiben und dazu einen Artikel in unsere kantonale Verfassung schreiben will, darf man aber nicht nur auf die KMU fokussieren. Die SP ist

der Meinung, dass die einfachen Bürgerinnen und Bürger ebenfalls von unnötigen Regelungen entlastet werden sollen. Denn auch diese werden mit bürokratischem Kram belastet. Die SP-Fraktion hat im Kantonsrat mit ihrem Antrag, in einem Gegenvorschlag zur Initiative den Gesetzestext entsprechend zu ergänzen, genau dies angestrebt. Um die eigenen Pfründe zu retten, lehnten die Bürgerlichen dies ab, zu Ungunsten der Bürgerinnen und Bürger im Kanton Solothurn. Fazit: Die Initiative hat bereits mehr Bürokratie verursacht, als sie je verhindern können. Die Delegierten beschlossen daher mit grossem Mehr Stimmfreigabe.



Fränzi Burkhalter Rohner
Kantonsrätin aus Biberist

Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei

Sicher ist sicher!

Für die SP ist das Gewaltmonopol des Staates sehr wichtig. Daneben gibt und wird es wohl immer private Sicherheitsdienste geben, die so genannte Sicherheitsdienstleistungen anbieten und ausführen. (Das können Detektive, Türsteher, Wachpersonal, Zutrittskontrollen etc. sein.) Damit diese den hohen Anforderungen gerecht werden, braucht es verbindliche Regeln. Im Bereich der privaten Sicherheitsanbieter ist aber nicht alles unproblematisch. Und dennoch werden sie gebraucht, z. B. für die Sicherheit an Sportanlässen. Es könne ja nicht sein, dass der Kanton laufend Polizeikorps aufstocken und neben der öffentlichen Sicherheit um die Stadien herum auch noch im Stadion drin, also die Sektoren, kontrollieren müsse.

Im Kanton Solothurn gibt es rund hundert private Sicherheitsfirmen. Nach Annahme der Vorla-

ge müssten diese Bewilligungen für ihre Angestellten, das Führen und den Betrieb des Unternehmens sowie für den Einsatz von Diensthunden einholen. Zudem haben sie für die sorgfältige Aus- und Weiterbildung ihres Personals zu sorgen

Mit dem Beitritt zum Konkordat soll erreicht werden, dass diese Branche nicht mehr wie bisher kantonal völlig unterschiedlich mehr oder eher weniger geregelt und kontrolliert wird. Die fehlende Übereinstimmung der kantonalen Vorschriften erweist sich zunehmend als problematisch. Zulassungsregeln in den einzelnen Kantonen können einfach unterlaufen werden. Und das ist ein Problem, auch weil das Tätigkeitsfeld der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen durch Private in den letzten Jahren enorm gewachsen ist. Die SP ist der Mei-

nung, dass man nicht bei der Polizei die Ausbildung dauernd verbessern, alles akribisch regeln und bei den privaten Sicherheitsdiensten einfach wegschauen kann. Es ist höchste Zeit, auch hier Regeln betreffend Eignung und Ausbildung vorzugeben. Deshalb haben die SP-Fraktion und die Delegierten am Parteitag dieser Vorlage einstimmig zugestimmt.

Im Kantonsrat zeigte sich die SP überrascht, dass ausgerechnet aus FdP- und SVP-Kreisen Opposition kam. Gerade von jenen Parteien also, die gerne das Thema öffentliche Sicherheit brauchen oder missbrauchen, um politisches Kapital daraus zu schlagen.

Die Gegner finden, es sei nicht nötig, dass Bewilligungen und Ausbildungsstandards gesetzlich geregelt werden. Das könne auch die Branche machen. Weiter blenden sie aus, dass gerade die

seriösen Sicherheitsfirmen ein Interesse daran haben, endlich verbindliche Regelungen zu bekommen. Wenn z. B. die Mitglieder des Kegerverbands ihre Regeln bestimmen, in welchem Modus sie spielen wollen, so ist dies nur für die Kegler verbindlich. Öffentliche Sicherheit betrifft aber alle, sie ist ein zentrales Anliegen von allen Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb setzt sich die SP dafür ein, dass der Staat, die Politik bestimmen soll, welche Regelungen hier gelten sollen.

Es gibt viele Gründe, dieser Vorlage zuzustimmen. Ich kenne keine Gründe dagegen, daher ein klares Ja zu unserer Sicherheit.



Urs Huber
Kantonsrat aus
Oberbörsen

Volksinitiative zur «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden»

Nein zum kollektiven Anprangern

Am 8. Februar fand die Pressekonferenz des Komitees «Nein zur Nennung der Nationalität in Polizeimeldungen» statt. Die Stimmenden im Kanton Solothurn sind aufgerufen dazu am 11. März an der Urne ihre Meinung kundzutun. Die SP Kanton Solothurn ist Mitglied des Komitees. Ihre Geschäftsleitung sowie die Delegierten haben einstimmig die Neinparole beschlossen. Die SP ruft die Stimmenden ausdrücklich dazu auf an die Urne zu gehen, Nein zu stimmen, dem Komitee beizutreten und die Stimme gegen die wohl nie zu Ende gehende Symbolpolitik der SVP zu erheben.

Die Initiative wurde in Form einer Anregung eingereicht. Sie lautet wie folgt: «Die Gesetzgebung ist wie folgt zu ändern: In Meldungen der Polizei und der Justizbehörden ist die Nationalität oder die Herkunftsregion von Tätern und Tatverdächtigen zu nennen.» Der Kantonsrat hat die Initiative – entgegen einem Rechtsgutachten und dem Antrag des Regierungsrates – für gültig erklärt und ihr am 4. November 2009 zugestimmt. In der Folge hat der Regierungsrat eine Vorlage zur Umsetzung der Initiative ausgearbeitet. Es handelt sich dabei um eine Änderung



Pressekonferenz vom 8. Februar: kollektives Anprangern Nein

des Gesetzes über die Kantonspolizei sowie um eine Änderung des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung. Der Kantonsrat (die bürgerliche Mehrheit) hat der Vorlage zur Umsetzung der Volksinitiative mit 53 zu 41 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Dies sicher nicht zufällig im Vorfeld der nationalen Wahlen 2011.

Die geschlossene SP, die Justizkommission des Kantonsrates

sowie der Regierungsrat erachten die geltende Rechtslage als genügend und angemessen. Sie sind gegen die Volksinitiative und deren Umsetzung, dies aus folgenden Gründen:

Die Transparenz ist mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen jederzeit gewährleistet. Die Polizei nennt bereits heute die Nationalität oder Herkunftsregion von Tätern und Tatverdächtigen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Zusätzliche Gesetzesbestimmungen sind nicht notwendig. Die

gewünschten Angaben können ausserdem der jährlich veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesamtes für Statistik entnommen werden. Aufgrund der Bundesvorschriften im Bereich des Strafprozessrechts, welche dem kantonalen Recht vorgehen, ist die Initiative nur in einem untergeordneten Bereich (kantonales und kommunales Strafrecht) umsetzbar. Damit erweist sie sich als unangemessen. Ausserdem verstösst die Initiative mit ihrem starren Regelwerk gegen verschiedene verfassungsrechtliche Grundsätze. Sie lässt sich nur bedingt verfassungskonform umsetzen. Zudem basiert sie auf einem SVP-Dauerthema, dem Ausländerhass, dem permanenten, unnötigen Schüren von Ängsten. Sagen wir also gemeinsam Nein zum kollektiven Anprangern! Auf www.sp-so.ch oder über das Parteisekretariat kann man mit der Beitrittserklärung dem Komitee beitreten.



Hans-Jörg Staub
Kantonsrat aus
Dornach

Neubau für das Berufsbildungszentrum BBZ in Solothurn; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

Ja zur Investition in die Berufsbildung

«Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.» Mit diesen Sätzen hat Antonio Gramsci (italienischer Philosoph und Widerstandskämpfer gegen den italienischen Faschismus) am 1. Mai 1919 in der Zeitung L'Ordine Nuovo einen Leitartikel geschmückt, der zur Gründung von Arbeiterräten in Turins Fabriken aufrief. Heute, fast 93 Jahre später, geht es wieder um die Zukunft von (jungen) ArbeitnehmerInnen. Zwar ist die Aus-

gangslage weit weniger brisant und die Vorlage mag ein wenig trocken wirken, dennoch ist sie für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr wichtig.

Das Berufsbildungszentrum BBZ in Solothurn soll mit einem Neubau erweitert werden. Er soll künftig die Kaufmännische Berufsfachschule und Teile der Gewerblich-Industriellen Schule beherbergen. Die Kaufmännische Berufsfachschule ist heute in einer anderen Liegenschaft eingemietet. Die Räumlichkeiten entsprechen aber nicht mehr den aktuellen Anforderungen an

Schulräume, heisst es beim Kanton. Deshalb ist ein Neubau auf dem heutigen BBZ-Areal vorgesehen. Alle, die diese Räume schon von innen gesehen haben, können diese Aussage bestätigen. Doch nicht nur die Jugendlichen profitieren von einem Ja. Der heutige Werkstatt-Trakt der Gewerblichen Berufsschule sowie das Erwachsenenbildungszentrum EBZ werden in den Neubau integriert. Somit können wir ohne schlechtes Gewissen sagen, dass es eine Abstimmungsvorlage getreu unserem Slogan «Für alle statt für wenige» ist.

Wir stimmen über einen Verpflichtungskredit von brutto 29.8 Mio. Franken ab. Nach Abzug der Beiträge des Bundes und der Stadt Solothurn bleibt für den Kanton eine Investition von netto rund 21,5 Mio. Franken. Der Kantonsrat, der Regierungsrat und die SP-Delegierten haben dieser Vorlage einstimmig zugestimmt und empfehlen dazu ein klares Ja.



Yves Fankhauser
JUSO, Mitglied der
Geschäftsleitung
aus Solothurn

Nationale Vorlage**Nein zur
«Bausparinitiative»**

Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten, referierte als Gegnerin zur nationalen «Bausparinitiative» und unterstrich dabei, dass bei Annahme einmal mehr nur Reiche auf der Gewinnerseite ständen und der Mittelstand keinen Profit daraus zöge. Zudem würde sich die Initiative auf die Mieten und Bodenpreise verheerend auswirken, dies alles zu Ungunsten der grossen Mehrheit. Markus Meier, stv. Direktor der Wirtschaftskammer BL, erachtete die Vorlage als Investition für die Wirtschaft; sie ermögliche mehr Eigentum. Für die Genossinnen und Genossen waren diese Argumente nicht ausreichend, sie folgten Kantonsrätin Schaffner und der Geschäftsleitung und lehnten die Vorlage grossmehrheitlich ab. Die Parolen zu den weiteren nationalen Vorlagen, werden von der SP Schweiz übernommen.

VERANSTALTUNGEN**SEKTIONENTREFF**

Am 8. März findet in Balsthal um 18.30 Uhr im Restaurant Burg das Sektionentreffen statt. Andrea Sprecher und Christian Götz von der SP Schweiz berichten über das Projekt «Stärkung der Sektionen». Ab 20 Uhr gibt's Apéro. Die Sektionen haben eine schriftliche Einladung erhalten. Eine Anmeldung ist unter niklaus.wepfer@sp-so.ch erwünscht, der Anlass ist öffentlich.

AKTUELL AUS BERN

Die Amtei SP Solothurn/Lebern und die Sektion Langendorf führen am 1. März folgenden gemeinsamen Anlass durch:

**Roberto Zanetti, Bea Heim
und Philipp Hadorn**

**Bern - Politparkett
oder Theaterbühne?****Schwerpunkte der Session**

Donnerstag, 1. März 2012, 19.30 h
Restaurant Traube, Langendorf

Herzlich willkommen. Der Anlass ist öffentlich.

**SP Grenchen****140 Jahre Ortssektion**

Am 1. Februar fand zum 140. Mal die Generalversammlung der SP Grenchen statt. Zu diesem Jubiläum gratuliert ihr die Kantonalpartei ganz herzlich und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg. Urs Wirth, Fraktionschef im Gemeinderat, gab zudem bekannt, dass er bereit sei, für das Stadtpräsidium zu kandidieren. Sein Resultat bei den Nationalratswahlen sei diesbezüglich ein guter Gradmesser gewesen. Fakt ist, dass in Grenchen seit 1899 Sozialdemokraten der Stadt vorstehen; Robert Luterbacher, Hermann Guldinmann, Arthur Stämpfli, Adolf Furrer, Eduard Rothen und Boris Banga. Bewährte Traditionen soll man weiterführen, es ist gut möglich, dass dereinst der nächste Stadtpräsident Urs Wirth heisst, natürlich von der SP!

SP Kantonalpartei**Neues Präsidium**

Die derzeitige Parteipräsidentin Evelyn Borer aus Dornach hat bekanntgegeben, dass sie für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stehe und nach vier Jahren am Frühlingsparteitag vom 3. Mai in Grenchen nicht mehr kandidiere. Sie wolle sich neuen Herausforderungen stellen und der Zeitpunkt sei gekommen, die Führung neuen Kräften zu überlassen. Evelyn Borer kandidiert für das Gemeindepräsidium in Dornach. Der Urnengang dazu findet am 11. März statt. Die Kantonalpartei wünscht ihrer Noch-Präsidentin dabei viel Erfolg. Parteimitglieder, die sich für das anspruchsvolle Amt interessieren, können sich bis am 16. März beim Parteisekretariat schriftlich oder per Mail: info@sp-so.ch melden. Die Wahl des neuen Präsidiums und die gebührende Verabschiedung von Evelyn Borer finden am 3. Mai statt.

SP Kantonalpartei**Gesucht**

Je ein Mitglied für die parteiinterne Beschwerde- und Schiedskommission sowie die Rechnungsprüfungskommission der Kantonalpartei. Die Wahlen finden am 3. Mai statt. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat: info@sp-so.ch oder 032 622 07 77.

**MENSCHENSTROM GEGEN ATOM****Marsch nach Mühleberg
am 11. März**

Am Jahrestag der Katastrophe von Fukushima findet beim AKW Mühleberg der dritte «MenschenStrom gegen Atom» statt. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen gegen die Atomenergie und für die Energiewende setzen.

Die Katastrophe in Fukushima brachte in der schweizerischen Energiepolitik vieles ins Rollen. Bundesrat und Parlament haben den schrittweisen Atomausstieg beschlossen. Bis dieser verbindlich wird, ist es aber ein langer Weg. Der Druck auf die Entscheidungsträger muss aufrechterhalten bleiben. Deshalb fordern wir am 11. März die sofortige Abschaltung der Schrottreaktoren Mühleberg und Beznau sowie die Konkretisierung des Atomausstiegs. Die Zukunft ist erneuerbar!

Sei dabei! Informationen unter www.menschenstrom.ch

**Parteitag in Dornach**

Die Delegierten der SP Kanton Solothurn fassten am 2. Februar in Dornach die Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 11. März sowie zur nationalen Volksinitiative «Bausparen». Parteipräsidentin Evelyn Borer begrüßte die Genossinnen und Genossen im voll besetzten Saal des Alters- und Pflegezentrums in Dornach zum ersten Parteitag im Jahr 2012. In ihrer Eröffnungsrede beschränkte sich Borer nicht auf kantonale Themen, sondern erweiterte den Fokus auf nationale, ja sogar internationale Politischauplätze. Es mache sprachlos, auf welche Art und Weise auf Menschen losgegangen werde, die einem nicht genehm sind, sagte die Präsidentin auf die nationale Politbühne zurückkommend. Mehr zum Parteitag auf www.sp-so.ch